Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abend ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beispielsweise 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. August 1931

Inst. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Botschafter Francois-Poncet.

SPD. Paris, 15.August (Eig.Bericht)

Francois-Poncet, der demnächst als Nachfolger de Margeries zum französischen Botschafter in Berlin ernannt werden soll, ist ein guter Kenner Deutschlands und beherrscht die deutsche Sprache fast ebenso vollkommen wie seine Muttersprache. Denn er hat nach dem Besuch der sogenannten Ecole Normale Supérieure, einer der Pariser Universität angeschlossenen Schule, die hauptsächlich der Ausbildung von Professoren dient, das Staatsexamen in Deutsch bestanden.

Francois-Poncet ist 1887 in Provins (östlich von Paris) geboren. Nach dem Besuch der Universität war er literarischer Mitarbeiter der Zeitschrift "Opinion". Eine Artikelserie veröffentlichte er später in Buchform unter dem Titel "Was die deutsche Jugend denkt". Diese Artikel machten seiner Zeit grosses Aufsehen. Zu Beginn des Krieges wurde er als Reserveoffizier einem Infanterieregiment zugeteilt und erwarb sich in dieser Eigenschaft das Kreuz der Ehrenlegion und das Militärkreuz. Im Jahre 1917 beauftragte ihn die Regierung mit einer Mission in der Schweiz, wo er die Bedingungen der Wirtschaftsblockade Deutschlands zu studieren hatte. Diese Tätigkeit erweckte in ihm Interesse für wirtschaftliche Fragen, deren aussergewöhnliche Bedeutung für die Nachkriegszeit er schon damals erkannte. Nach dem Kriege gründete er daher in Paris die Gesellschaft für wirtschaftliche Studien und Informationen, die bald ein wichtiges Informationszentrum wurde. Nach zwei neuen Missionen in Amerika und in der Schweiz, die er mit Erfolg ausführte, nahm er als wirtschaftlicher Mitarbeiter der französischen Delegation an der Konferenz von Genua teil. Während der Ruhrbesetzung war er Pressechef der Besatzungstruppen. Die journalistische Tätigkeit setzte er dann als Chefredakteur des nationalistischen "Avenir" fort.

Am 11.Mai 1924 wurde er zum ersten Male als Abgeordneter des 1.Pariser Wahlkreises in die Kommune gewählt. Bei den Wahlen des Jahres 1928 wurde er wiedergewählt. Er schloss sich der Gruppe der Demokratischen und sozialen Aktion an, die man gewöhnlich nach einem ihrer Führer Fraktion Maginot nennt. In der Kammer zeichnete er sich durch seine, wenn auch etwas nationalistisch angehauchten, aber doch massvollen und gut dokumentierten Reden und als Berichterstatter des Luftschiffahrtsbudgets in der Finanzkommission aus.

Im November 1928 berief ihn Poincaré als Unterstaatssekretär für schöne Künste in sein Ministerium. Diesen Posten behielt er auch in dem nachfolgenden Kabinett Briand und in dem ersten Kabinett Tardieu bei. Im 2.Kabinett Tardieu wurde ihm das Unterstaatssekretariat für nationale Wirtschaft anvertraut, ein Amt, das er seit der Bildung des Kabinetts Laval von neuem bekleidet. Während seiner Ministertätigkeit veröffentlichte er ein interessantes Buch, "Betrachtungen eines modernen Republikaners", in dem er auf die Notwendigkeit für Frankreich hinwies, die politischen Probleme mit einem von allen Vorurteilen und vorgefassten Meinungen befreiten Geiste zu behandeln.

In der internationalen Politik ist Francois-Poncet erst seit einem Jahre hervorgetreten, nachdem er neben Briand zum Völkerbundsdelegierten Frankreichs ernannt wurde. Er nahm dann auch an allen Beratungen der Europa-Union teil und vertrat Frankreich auf den verschiedenen Getreidekonferenzen, die Anfang dieses Jahres von der Europa-Union einberufen wurden. Bei den ausserpolitische Interpellationsdebatten in der Kammer sah er sich daher mehrmals veranlasst, die Politik Briands gegen deren Feinde zu verteidigen. Schliesslich war er an den Beratungen über die Durchführung des Hoover-Plans und den sich daran anschliessenden internationalen Konferenzen in Paris und London über die deutsche Wirtschafts- und Finanzkrise beteiligt.

Seine Ernennung zum Botschafter in Berlin wird vorläufig nur auf 6 Monate erfolgen, da nach einem vor mehreren Jahren verabschiedeten Gesetz Parlamentariern keine längeren Missionen im Auslande oder in den Kolonien anvertraut werden dürfen. Nach dem Ablauf dieser Zeit wird er sich dann darüber zu entscheiden haben, ob er seinen Botschafterposten oder sein Abgeordnetenmandat behalten will, falls nicht, was wahrscheinlich ist, das betreffende Gesetz bis dahin aufgehoben wird.

SPD. Hamburg, 15.August (Eig.Drahtb)

Die Auwwirkungen der Wirtschaftskrise, die den Hamburger Staat besonders stark betroffen haben, haben den Senat zu einem einstweiligen radikalen Drosselungsprogramm veranlasst. Da nach Abzug aller bisherigen Einsparungen noch ein Fehlbetrag von etwa 38 Millionen Mark verbleibt, hat der Senat eine gleichmässige Einschränkung aller Zweige der Verwaltung beschlossen. Diese Einschränkungen beginnen mit der Verkleinerung des Senats, der von sechzehn auf zwölf Mitglieder vermindert werden soll. Auch die Zahl der Staatsräte soll eingeschränkt werden. Ferner werden alle sachlichen Ausgaben des Senats, besonders die Aufwendungen für Repräsentation, auf das denkbar geringste Mass herabgesetzt.

Die gesamte Behördenorganisation wird weitgehend vereinfacht. Die Berufs- und Oberschulbehörde wird zusammengelegt, die Aufgaben des Wohnungsamtes sollen von anderen Behörden durchgeführt werden; die Behörde für Landwirtschaft wird aufgelöst; die Polizeibehörde soll eine Reihe von Bezirksbureaus schliessen; einzelne Abteilungen zusammenlegen, berittene Polizei verkleinern und gemietete Räume freimachen. Bei der Landesjustizverwaltung sollen freie und frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden. Die Geschäftsstellen der Gerichte und eine Reihe von Strafanstalten werden zusammengelegt. Ähnliche Zusammenlegungen sollen auch bei der Finanzdeputation und bei der Arbeitsbehörde erfolgen.

Zu diesen organisatorischen Massnahmen treten eine Reihe sehr weitgehender sachlicher Einschränkungen, die durch den furchtbaren Ernst der Situation erforderlich geworden sind. Alle öffentlichen Arbeiten, insbesondere Bauten, werden eingestellt, soweit nicht gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen vorliegen oder eine Gefährdung des Bauzustandes zu befürchten ist. Die Finanzierung des Wohnungsbaues wird zunächst auf bereits vergebene Bauten beschränkt. Im Hafen sollen Werkstätten zusammengelegt und einzelne Kaischuppen stillgelegt werden. Die Gehälter der Beamten und Angestellten sollen denen gleich zu bewertender Reichsbeamten angeglichen werden. Der Urlaub der Beamten und Angestellten wird verringert. Die Pausen werden künftig in der 48stündigen Arbeitszeit nicht mehr einbezogen. Frei werdende Stellen sollen vorläufig nicht wieder besetzt werden. Im Schulwesen werden die Klassenfrequenz und die Pflichtstundenzahl der Lehrer erhöht. 459 Lehrkräften ist vorsorglich zum 15.August gekündigt worden. Die Vorlesungen in der Universität, der Volkshochschule und im technischen Vorlesungswesen werden wesentlich eingeschränkt. Im Gesundheitswesen sollen Krankenstationen zusammengelegt werden. Die Jugendbehörde muss die Erholungsfürsorge einschränken und die Belegung fremder

Heime ganz aufgeben. In Verbindung mit den personellen Massnahmen ist die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 63 Jahre in Aussicht genommen. Ferner hat der Senat die sofortige Schliessung des Stadttheaters und der Philharmonie erwogen, die Entscheidung aber vertagt, da die Verträge für die laufende Spielzeit bereits abgeschlossen sind. Verträge für die nächste Spielzeit dürfen zunächst nicht geschlossen werden. Der Wohlfahrtsbehörde soll eine grosse Anzahl anderweitig freigemachter Beamten und Angestellten zur Verfügung gestellt werden, um missbräuchliche Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge zu unterbinden.

Insgesamt erwartet der Senat von diesem umfangreichen Drosselungsprogramm eine Einsparung von etwa 25 Millionen Mark. Ueber die Deckung des noch verbleibenden Defizits soll Beschluss gefasst werden, wenn Klarheit über die nächsten Schritte des Reiches besteht.

In einem allgemeinen Ueberblick über die Finanzlage Hamburgs schildert der Senat, wie die zunehmende allgemeine Vertrauenskrise sich auf die hamburgischen Kreditverhältnisse besonders schwerwiegend ausgewirkt hat. Die in grösstem Umfange angeforderte Rückzahlung kurzfristiger Kredite in den letzten Monaten war nur durch Inanspruchnahme aller Kassenreserven und inländischer Kreditquellen möglich. Die gesamte Neuverschuldung Hamburgs seit der Inflation beläuft sich, wie der Senat weiter mitteilt, auf 345 Millionen, wovon 129 Millionen Auslandsschulden sind. Zum Vergleich weist der Senat darauf hin, dass sich vor dem Kriege die Staatsschuld auf etwa eine Milliarde Mark belaufen hat.

SPD. Für die Teilnahme am 6. Deutschen Arbeiterjugendtag vom 21. bis 23. August in Frankfurt a.M. waren bis Mitte August vom Jugendtagsbüro in Berlin 14 000 Jugendtagsabzeichen an die Bezirksleitungen verschickt. Das bedeutet, dass schon rund drei Wochen vor dem Stattfinden des Jugendtreffens 14 000 Jugendliche den Festbeitrag und den grössten Teil des Fahrgeldes eingezahlt hatten. Das ist der Erfolg einer intensiven und begeisterten Vorarbeit. Beispielsweise haben die Berliner Jugendgenossen 8000 Sympathieabzeichen für den Jugendtag verkauft. In Bremen organisierte die Sozialistische Arbeiterjugend eine Dampferfahrt. Die Beteiligung war so stark, dass zwei Dampfer gemietet werden mussten. Immer floss der Reinertrag in den Frankfurtfonds.

Besonders gute Meldungen aus entfernt liegenden Bezirken liegen vor aus Hamburg mit 800 und aus Westfalen mit 1550 Teilnehmern. Aus dem Rheinland kommen 2600 Jugendliche nach Frankfurt. Thüringen marschiert mit 800 Burschen und Mädchen auf. Berlin ebenfalls mit 800. Eine besonders gute Leistung ist die Beteiligung von 150 Jugendlichen aus Schlesien; davon sind schon 20 per Rad unterwegs. Wie denn überhaupt gemeldet wird, dass erwerbslose Jugendgenossen zu hunderten per Rad oder per Beine nach Frankfurt kommen wollen; haben sie kein Geld für die Fahrt, dann desto mehr Zeit (natürlich gehört dazu auch eine gute Portion jugendliche Begeisterung). Die Danziger Arbeiterjugend wird mit 20 Burschen und Mädchen in Frankfurt vertreten sein. Sie legen die Reise bis Swinemünde auf dem sehr billigen Seeweg zurück und sind insgesamt zwei Tage unterwegs.

In Frankfurt ist die ganze Jugend- und Parteiorganisation emsig bei den letzten Vorbereitungen für die grosse Kampftagung der Arbeiterjugend. Die Arbeiterschaft von Frankfurt erwartet mit Freuden ihre jungen Gäste aus dem Reich, die sie all in Privatquartieren unterbringen wird.

SPD. Die Riesenpleite der Devaheim (Deutsch-Evangelische Heimstätten-Gesellschaft), durch die tausende von Bausparern um ihre Ersparnisse gebracht werden, hat berechtigte Erbitterung gegen die Evangelische Landeskirche hervorgerufen. Der Evangelische Pressedienst bemüht sich, die Kirchenbehörden

gegen die wohlbegründeten Angriffe in Schutz zu nehmen. Er teilt mit, dass gegen den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Devaheim Pastor D.Cremer in Potsdam nunmehr von dem Evangelischen Konsistorium der Mark Brandenburg das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet worden sei. Er versteckt sich im übrigen dahinter, dass die Kirchenbehörden keinen rechtlichen und tatsächlichen Einfluss auf die Devaheim gehabt hätten.

Dies Sichdrücken vor der Verantwortung ist selbst der Nationalliberalen Correspondenz, dem Organ der Deutschen Volkspartei, zu bunt. Sie schreibt :

"Wenn auch die evangelische Landeskirche als solche mit dem Zusammenbruch nichts zu tun hat, so sollte aber doch geprüft werden, ob die kirchlichen Verbände nicht gut daran tun würden, in ihrer wirtschaftlichen Betätigung ein grösseres Mass von Zurückhaltung zu bewahren. Die Tatsache, dass an die Spitze von "Devaheim", einer Genossenschaft, die 20 Millionen Gelder verwalten sollte, ein früherer Gemüsehändler als Generaldirektor berufen werden konnte, spricht nicht gerade für die geschäftliche Umsicht der dafür verantwortlichen Personen. Auf die Notwendigkeit staatlicher Kontrolle gegenüber den Bausparkassen haben wir schon früher hingewiesen und es begrüsst, dass mit dem neuen Bausparkassengesetz ab 1.Oktober die entsprechenden Handhaben dafür geschaffen worden sind."

Es wird rasthaft untersucht werden müssen, wie es möglich war, dass Gelder der Inneren Mission für industrielle Zwecke verwandt wurden, während die Gelder der Bausparer wieder zur Deckung der dadurch entstandenen Lücken verwandt wurden.

SPD. Reichskanzler Brüning hatte mit dem Chefredakteur der Daily Mail eine Unterredung, in der er sich über die Lage Deutschlands äusserte. Diese Äusserungen werden in der Daily Mail folgendermassen wiedergegeben:

Der kommende Winter werde der schlimmste für Europa in den letzten 100 Jahren sein. Die Deutschen würden am meisten von ihm zu spüren bekommen. Es werde in Deutschland wenigstens sieben Millionen Arbeitslose geben, und die Schwierigkeiten, sie zu unterhalten, werden gleich gross sein für Reich, Länder und Gemeinden. Ausserdem stecke unsere finanzielle Unsicherheit unsere Nachbarländer an und falle von dort wieder auf uns zurück, wodurch wir immer tiefer in den Sumpf hineingerieten. Ein einziges Hilfsmittel gebe es, und zwar die internationale Zusammenarbeit, um der gemeinsamen Gefahr mit gemeinsamen Kräften zu begegnen. Er ridhte einen Appell an die verantwortlichen Staatsmänner Europas, sonald wie möglich zusammenzukommen, um die Preise für Waren gleicher Qualität international festzusetzen und den vernichtenden Konkurrenzkampf in Handel und Industrie auszuschalten, der jetzt zwischen den Ländern tobe. Ausserdem würde er eine internationale Regelung der bestehenden hohen Zolltarife begrüssen. Er sei erfreut, sagen zu können, dass dies nicht nur ein frommer Wunsch sei; er habe über diesen Punkt auch bereits private Besprechungen mit den Ministerpräsidenten Englands und Italiens gehabt, könne jedoch hierüber nichts weiter sagen, bis er nicht auch den französischen Ministerpräsidenten gesprochen habe. Die Möglichkeit für Abänderungsvorschläge sei begrenzt, doch sei ein Fortschritt selbst in kleinen Dingen notwendig, um das Vertrauen wiederherzustellen, das Europa so dringend benötige. Er hoffe zuversichtlich, dass in dieser Richtung bald greifbare Ergebnisse erzielt werden könnten.

Eine andere Voraussetzung für die Rettung Europas sei das politische Vertrauen; es sei von grundlegender Bedeutung, dass die Völker Europas an die Erhaltung des Friedens auf lange Sicht glaubten.

Auf die Frage, ob er irgendwo in Europa eine ähnliche Sehnsucht nach Frieden verspürt habe, antwortete der Kanzler, er habe in der letzten Zeit verschiedene Länder in Westeuropa besucht, und er sei überzeugt, dass die führenden Staatsmänner den Frieden wollten. Nur die Furcht und das Bestreben, sich

auf den äussersten Notfall vorzubereiten, seien für die Abneigung gegen eine allgemeine Abrüstung verantwortlich, die das grosse Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung Europas bilde. Kein Land könne letzten Endes den tödlichen Folgen eines Mangels an politischem Vertrauen entgehen, der das Vorhandensein eines riesigen Kriegsapparates zur Vorbedingung habe. Er habe Frankreich von der Wahrheit des deutschen Willens zu dauerndem Frieden zu überzeugen versucht, Frankreich, dem die deutsche Wehrlosigkeit der beste Beweis dafür sein sollte, dass es mit Deutschland in keinen Krieg verwickelt werden könne. Wenn er den Europäern einen guten Rat geben dürfte, so möchte er ihnen zurufen: "Sprecht nicht vom Kriege! Denkt nicht einmal an den Krieg als eine Möglichkeit für die Zukunft!" Er sei überzeugt, dass solches Kriegsgeschwätz zum Weltkriege geführt habe; denn dadurch würden selbst die Regierungen empfindlich und nervös.

Die Gründe der gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas fasste Dr.Brüning in folgende vier Punkte zusammen: 1. Die Ueberindustrialisierung der kleineren Staaten; 2. die Abnahme der Kaufkraft in China und Indien; 3. die hohen Zollmauern in der ganzen Welt; 4. die Richtung, in der die deutschen Reparationszahlungen flössen.

Er scheue sich es auszusprechen; aber bei der Suche nach besseren Aussichten für Europa stosse man immer wieder auf den Vertrag von Versailles. Dr. Brüning kam dann auf die Lage des französischen Geldmarktes und auf den Kommunismus in Deutschland zu sprechen, den er für die grösste innere deutsche Gefahr hält, und erklärte bezüglich der Ausschaltung des Reichstages, er sei ein überzeugter Anhänger des demokratischen Prinzips und nehme sicher an, dass der Reichstag im Herbst wieder zusammentreten werde. Er sehe aber keine Notwendigkeit für eine lange Sitzungsperiode. Das gegenwärtige System der kurzen Sitzungsabschnitte arbeite ausgezeichnet.

Zum Schluss erklärte Dr. Brüning, er habe niemals viel von grossen internationalen Sitzungen, wie z,B. dem Völkerbund, gehalten. Er sei aber unbedingt von dem Werte persönlicher Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder überzeugt;denn persönliche Vertrautheit flösse Vertrauen ein.

SPD. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung ist wegen eines Aufrufs für den Volksentscheid in Anzeigenform auf vierzehn Tage verboten worden. Darüber wird in der Rechtspresse ein Entrüstungssturm veranstaltet. Die Zeitung spielt beleidigte Unschuld und hat Beschwerde beim Reichsgericht angekündigt. Um diese Entrüstung ins rechte Licht zu setzen, hängen wir die Perfidie dieses Aufrufes niedriger. An die Spitze des Aufrufes war der Ausspruch des Reichskanzlers Brüning gestellt: "Mich werdet ihr am 9.August nicht an der Wahlurne sehen". Daran hat der Aufruf die folgenden Begründungen gehängt:

"Weil ich durch sozialdemokratische Misswirtschaft einen gutbezahlten Posten erhalten habe!"

"Weil ich Anhänger und Verehrer der Korruption bin!"

"Weil mich das Wohlergehen Frankreichs und Polens mehr interessiert als das meines Vaterlandes!"

Das ist nicht mehr Pressefreiheit, sondern Pressefrechheit! Und so etwas wird von der Rechtspresse mit gespielter Entrüstung in Schutz genommen!

SPD. Sofia, 15.August (Eig.Drahtb.)

Die am 20.Juni neu gewählte Sobranje wird am 21.August zum erstenmal zu einer ausserordentlichen Session zusammentreten. Eine der wichtigsten Fragen, mit denen sich die neue Kammer zu befassen haben wird, ist die einer breiten Amnestie für die im Auslande lebenden Emigranten und Flüchtlinge aus der Bür-

gerkriegszeit von 1923/25. Wie der sozialistische "Narod" erfährt, dürfte es über die Amnestiefrage zu den ersten grossen Schwierigkeiten innerhalb der Koalitionsregierung Malinow kommen. Weitaus der grösste Teil der Bauernparteiler verlange eine bedingungslose und volle Amnestie, der sich die bürgerlichen Gruppen, die Demokraten und gemässigten Liberalen widersetzen, die gegen die Rückkehr gewisser Emigrantenführer wie Kosta Todorow, Nedelko Atanassow und Obow nach Bulgarien sind.

SPD. Bukarest, 15.August (Eig.Drahtb.)

Die sich immer mehr häufenden Bankzusammenbrüche und Zahlungseinstellunge grosser und grösster Kreditinstitute in Rumänien - die Bank Eskenasy in Craiova, eines der ältesten und bestfundiertesten Provinzunternehmen des Landes eröffnete den Reigen, dann folgten in schneller Reihenfolge die Grossbanken Franco-Romana, Banka Generala, Berkowitz, Ostbank u.a.m. -, die eine gefährliche Nervosität in die Wirtschaftskreise und das Publikum getragen haben, haben die Regierung und die Nationalbank nach längerem Zögern zu Abwehr- und Beruhigungsmassnahmen gedrängt. Auf Initiative des Finanzministers Argetoianu schlossen sich die Grossbanken des Landes unter Führung der Nationalbank zu einem Syndikat zusammen, dem die Aufgabe obliegt, jenen Kreditinstituten zu Hilfe zu eilen, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise ausserstande sind, ihre Aktiven flüssig zu machen. Der Staat hat dem Syndikate seine volle Unterstützung und weitgehende Garantien zugesichert. Das Syndikat wird von einem Bankenausschuss unter Leitung eines von der Nationalbank zu ernennenden Präsidenten verwaltet werden, der die gemeinsame Aktion der beteiligten Banken zu organisieren und die Durchführung der übernommenen Verpflichtungen zu überwachen hat. Die dem Syndikate zur Verfügung stehende Summe beträgt 300 Mill.Lei, wovon die Nationalbank und die Privatinstitute je 150 Mill.Lei übernommen haben. - Die Presse ermahnt die Einleger zur Ruhe und Besonnenheit, da keinerlei Gefahr für die Währung vorhanden sei, um so mehr als durch die Getreideausfuhrkampagne zahlreiche fremde Valuten ins Land strömen und die Notendeckung noch erhöhen.

SPD. Bukarest, 15.August (Eig.Drahtb.)

Ein alter Wunsch der rumänischen Sozialdemokratie hat sich erfüllt. In Campina fand die Einweihung der vom rumänischen Arbeiterinstitut für Erziehung und Sport errichteten sozialistischen Arbeiterschule statt, die die erste ihrer Art in Rumänien ist. Versuche, die schon früher in Bukarest unternommen wurden, waren gescheitert. Man hatte den Unterricht auf die Abendstunden festgesetzt, doch stellte sich heraus, dass die Schüler von der überlangen Arbeitszeit zu ermüdet waren. Die neue Schule ist nur während der Sommemonate im Betriebe, in denen die jungen Arbeiter ihre Ferien nehmen können. Der sozialistische Abgeordnete Moskowitsch entwickelte in seiner Eröffnungsrede das Programm der Schule. Ausser einer Allgemeinbildung sollen den Schülern auch Kenntnisse über wirtschaftliche und soziale Fragen, politische Doktrinen u.a.m. vermittelt werden. Der erste Kursus, an dem Arbeiter aus allen Landesbezirken teilnehmen, hauptsächlich Bergarbeiter aus dem Schyltal und Banat, wurde durch die Vorlesungen von zwei sozialistischen Abgeordneten über die rumänische Arbeiterversicherung und den Fortschritt der Sozialdemokratie in Rumänien eingeleitet.

SPD. Bochum, 15.August (Eig.Drahtb.)

Der Parteitag der Wirtschaftspartei für den Wahlkreis Westfalen-Süd tritt morgen, Sonntag in Dortmund zusammen, um zu dem Streit in der Wirtschaftspartei Stellung zu nehmen. Der Parteiführer Drewitz will dieser Sitzung beiwohnen, die sich mit den Feststellungen des Untersuchungsausschusses befassen wird, die bisher vom Parteivorstand und Parteiausschuss ignoriert worden sind. Die Ortsgruppen Bochum und Wanne-Eickel haben ihren Austritt aus der Partei erklärt.

SPD. Die folgenden beiden Sittenbilder aus dem deutschen Osten werden uns mitgeteilt :

Rittergutsbesitzer Modrow auf Rittergut Fratzig in der Grenzmark hat einem seiner Gutsarbeiter 7,oo Mark (sieben Mark!) von dem kümmerlichen Wochenlohn abziehen lassen, weil 12 kleine Entenküken des Arbeiters auf den herrschaftlichen Hof gekommen waren. So unglaublich dieser Bericht klingt, beruht er gleichwohl auf Tatsachen. Unerfindlich ist dem gewöhnlichen Sterblichen nur, inwiefern 12 Enten beim Ueberschreiten des Gutshofes einen Schaden von ausgerechnet 7,-- Mark verursachen können! Das ist eben der Osten!

In der Gemeinde Eckertsberge im Kreise Deutsch-Krone brach ein Schulstreik aus, dem sich alle Eltern angeschlossen haben. Der Grund zu dieser Protestaktion ist, dass die Raumverhältnisse der Schule geradezu unglaublich sind. Der Klassenraum ist in einer alten, halbverfallenen Schnitterkaserne untergebracht, die im Winter durch Heizen nicht erwärmt werden kann. Dadurch sind im letzten Winter mehrfach Erkrankungen der Schulkinder verursacht worden. Für dieses Jahr war der Bau einer neuen Schule in Aussicht gestellt worden, der jedoch jetzt auf unbestimmte Zeit zurückgestellt wurde. Diese Massnahme hatte den einmütigen Schulstreik zur Folge.

SPD. Madrid, 15.August (Eig.Drahtb.)

Die Haltung Macias bei der Uebergabe des Statuts lässt darauf schliessen, dass er zu Kompromissen geneigt ist. Auch sein unauffälliges Eintreffen im Parlament, wo er den Deputierteneid leistete, beweist seine versöhnliche Wandlung. Am Dienstag wird sich ein ausserordentlicher Ministerrat über die Ergreifung energischer Massnahmen zur weiteren Verhinderung der Peseten-Schwankung schlüssig werden.

In Madrid fanden kleinere Arbeitslosenkrawalle statt, in deren Verlauf 15 Personen verhaftet wurden.

SPD. Im Prozess gegen den nationalsozialistischen Bandentrupp vom Sturm 33, der zurzeit vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit verhandelt wird, ist mit der Vernehmung der überfallenen Brüder Riemenschneider, von denen der eine durch die nationalsozialistischen Rowdies zum lebenslänglichen Krüppel gestochen wurde, bereits eine gewisse Klärung erreicht. Es ergibt sich, wie in so vielen anderen Prozessen gegen nationalsozialistische Mordbuben, dass der Ueberfall der halbwüchsigen SA-Krieger nicht nur planmässig inszeniert, sondern auch mit jener beispiellosen Rohheit und Feigheit durchgeführt wurde, die den Aktionen dieser verhetzten Landsknechte eigen ist. Hinzutritt in diesem Fall noch die Psychose, die der ständige Guerillakrieg zwischen rechts- und linksradikalen Strassenhelden zwangsmässig erzeugt. Dass die kommunistischen Krakeeler ihren Hakenkreuz-Waffenbrüdern vom Volksentscheid an Banditismus in keiner Weise nachstehen, kann ja als bekannt vorausgesetzt werden. Irgendein SA-Mann war angeblich von kommunistischen Antifa-Jünglingen ver-

prügelt worden. Die Nazis bekamen von ihrem berüchtigten Sturmführer Hahn den Auftrag, "sich zu rächen" und legten sich dieserhalb auf die Lauer, um Gegner "abzufangen". Die Brüder Riemenschneider, die mit den ganzen Vorfällen nichts zu tun hatten, sahen sich beim Nachhausegehen von einer Geburtstagsfeier plötzlich einem Trupp Nazis gegenüber, der sie, wie der Zeuge Robert Riemenschneider erzählt, unter den Rufen "Nun haben wir Euch ja endlich, Ihr verfluchten Hunde! überfiel. Nicht nur, dass die rasende Meute, die von ihrem Führer Hahn immer wieder zu Gewalttätigkeiten aufgestachelt wurde, die Brüder schwer misshandelte und niederschlug, sie griff auch zum Messer. Wie der Zeuge angibt, stürzten sich insbesondere die Angeklagten Becker, Friede und Neubert auf ihn, wobei Neubert ein Messer zog und wild auf ihn einstach. Später, als Hahn das Kommando "SA drauf!" gegeben hatte, erhielt der Ueberfallene noch mehrere Messerstiche, von denen einer mit voller Wucht ins Rückenmark traf. Der Schwergetroffene schwebte wochenlang in Lebensgefahr und ist jetzt hochprozentig erwerbsunfähig. Er bewegt sich mühsam an Krücken und dürfte wohl niemals wieder mehr seiner Tätigkeit als Handarbeiter nachgehen können. Sehr bezeichnend für die moralische Verwilderung dieser Burschen, die das Niederstechen eines Menschen als aufregenden, aber durchaus angenehmen Sport zu betrachten scheinen, sind die Bekundungen der früheren Freundinnen der Angeklagten Neubert und Becker. Wie sie feststellen, haben die Angeklagten ihnen ohne eine Spur von Reue erzählt, dass sie in der Sylvesternacht "einen fertiggemacht" hätten. Neubert teilte dabei, wohl nicht ohne einen gewissen Stolz, mit, dass er den Betreffenden sechsmal in dun Rücken gestochen habe. Wenn die Prozesse gegen mordende Minderjährige von Hakenkreuz und Sowjetstern, die nicht mehr abreissen, einen tieferen Wert haben sollen, so genügen nicht allein harte Strafen für die beteiligten Verführten und Aufgehtzten, so berechtigt auch die schweren Strafen sein mögen. Darüber hinaus muss, und das scheint das Wesentlichste, jenen Verbrechern im Hintergrund mit allen Mitteln das Handwerk gelegt werden, die systematisch junge Menschen in einen Zustand gemeingefährlicher politischer Geisteskrankheit hineinhetzen.

SPD. Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei beschloss in seiner Sitzung am Sonnabend, den Parteitag der Deutschen Staatspartei vor dem Zusammentritt des Reichstags, und zwar voraussichtlich am 26.und 27.September in Berlin im Preussischen Landtag abzuhalten.

Reichsfinanzminister Dietrich erläuterte und verteidigte seine Politik der letzten Monate und fand einmütige Zustimmung. Nach dem Reichsfinanzminister Dietrich schilderte der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff am preussischen Beispiel die Lage der Länder. Er behandelte im besonderen auch den preussischen Volksentscheid, und wies darauf hin, dass man der preussischen Regierung das Recht geben müsse, sich an die Bevölkerung zu wenden und auch dort gehört zu werden, wo sonst die Äusserungen der preussischen Staatsregierung nicht hingelangen. Preussens Verdienst sei gewesen, dass hier auf parlamentarischer Grundlage eine autoritative Regierung geschaffen worden sei, die die Führung in Händen halte. Preussen habe das Verdienst, dass der republikanische Gedanke bei uns Boden gefasst habe, eine Tatsache, mit der sich auch heute die Opposition abgefunden habe. Preussen habe weiter eine schlagfertige, aber auch populäre Polizei geschaffen als ein wirksames Machtinstrument des Staates. Das habe innen und aussen Anerkennung gefunden. Preussen habe auch in Fragen der Grenzpolitik und der Aussenpolitik dem Reich stets wertvolle Hilfe geleistet. Es habe die notwendige Liquidierung des alten Systems durchgeführt und habe durch die Verträge das Rechtsverhältnis mit den Kirchen gebessert.

Die Sitzung endete mit Annahme einer Entschliessung, in der Dietrich Dank und Vertrauen ausgesprochen wurde, und in der es heisst: "Voraussetzung für die Aufbauarbeit der Reichsregierung ist die Sicherung ihrer Autorität und

der ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmässigen Machtmittel, die rücksichtslos gegen alle staatszerstörenden Elemente eingesetzt werden müssen. Der Parteivorstand sieht in der Ablehnung des preussischen Volksentscheides einen Beweis, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht parteipolitische Verhetzung, sondern ruhigen Aufbau auf der Grundlage von Sicherheit und Ordnung will."

SPD. Die Not steigt. Die Lasten, die den Massen aufgebürdet werden, werden immer drückender. Die Massen wissen, dass die Krise Opfer erfordert. Sie tragen die Opfer, wenn auch sie am allerwenigsten schuld haben, dass diese Opfer so gross geworden sind. Was sie aber nicht ertragen, ist die Ungerechtigkeit in der Lastenverteilung. Wohl aber der schlimmste Punkt in diesem schlimmen Kapitel ist die Schonung der Gross-Pensionäre. Die Sozialdemokratie hat mit immer schärferem Nachdruck die Heranziehung der Grosspensionäre zur Linderung der allgemeinen Not gefordert. Eine Zeit lang verschanzten sich gegenüber dieser Forderung die massgebenden Stellen hinter der Behauptung, die Erfassung der höheren Pensionen sei verfassungswidrig. Schon vor Wochen ist jedoch unter Hinweis auf bemerkenswerte Urteile des Reichsfinanzhofs vom Januar und März dieses Jahres der Nachweis geführt worden, dass davon nicht die Rede sein kann. War die Kürzung der Gehälter unten verfassungsmässig, dann kann oben eine über diese Kürzung hinausgehende Erfassung der höheren Pensionen in Fällen, wo ihre Bezieher durch privates Einkommen ihren Lebensunterhalt überreichlich sichergestellt haben, nicht verfassungswidrig sein.

Die Kürzung der Gross-Pensionen ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich. Trotzdem ist bis zur Stunde vom Reichsfinanzministerium nichts unternommen worden. Eine Zeit lang hiess es, das Reichsfinanzministerium habe die Gross-Pensionäre brieflich gebeten, sich gütigst zu äussern, ob sie bereit seien, freiwillig auf einen Teil ihrer Pension zu verzichten. Jetzt lässt das Ministerium mitteilen, dass keine Briefe, insbesondere keine eingeschriebenen Briefe, abgeschickt worden seien. In Form von "Richtigstellungen" möchte das Ministerium die Frage der Gross-Pensionen bagatellisieren. Es lässt erklären, kein Militärpensionär beziehe über 16 000 Mark Pension und zwischen 12 000 und 16 000 Mark gebe es zurzeit 115 Militärpensionsempfänger, und diese Zahl vermindere sich, denn durchschnittlich seien in den letzten Jahren rund 100 Offiziere gestorben, und dann seien ja auch die Beamten- und Offizierspensionen durch die Notverordnung gekürzt worden und sie unterlägen im übrigen auch der Krisensteuer, wenn sie 16 000 Mark im Jahre übersteigen würden.

Der Reichsfinanzminister traut sich anscheinend nur an die Kleinen heran; denn dieses Herumdrücken um eine durch die Not dieser Tage längst notwendig gewordene Erfassung der Grosspensionen macht einen wahrhaft erbärmlichen Eindruck.

SPD. Paris, 15.August (Eig.Drahtb.)

In St.Nazaire ist heute nachmittag der 28 600 Tonnen-Dampfer "Champlain" vom Stapel gelassen worden. Das neue Schiff soll in den Nordamerika-Dienst eingestellt werden; es kann 1651 Passagiere befördern.

SPD. Paris, 15.August (Eig.Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu der Verschiebung des Berliner Besuches der französischen Minister: "Die Unterredung der französischen und deutschen Minister, die sich auf die Bedingungen der von Brüning für notwendig gehaltenen internationalen Zusammenarbeit beziehen werden, werden durch ihre Vertagung bis nach der Genfer Session nicht an ihrer Bedeutung verlieren. Sicherlich wer-

den die Unterhaltungen, die in Genf ausserhalb der Sitzungen des Rates und der Völkerversammlung stattfinden, es erlauben, die Verhandlungen besser vorzubereiten. Wesentlich ist, dass man sich in Deutschland nicht über die wahren Dispositionen der französischen Regierung täuscht, die mit dem tiefen Gefühl der Mehrheit der Nation vollkommen übereinstimmen. Man darf von einer neuen Zusammenkunft der französischen und deutschen Minister nicht sofortige Verwirklichung einer deutsch-französischen Verständigung erwarten. Wenn diese zustande kommen soll, kann sie nur die logische Schlussfolge einer langen und vorsichtigen Entwicklung sein. Diese Entwicklung hat erst begonnen und niemand kann schon sagen, in welcher Richtung sie sich präzisieren wird."

SPD. Leipzig, 15.August (Eig.Dr.)

Am Sonnabend nachmittag trugen sozialdemokratische Arbeiter in Leipzig-Lindenau sozialdemokratische Flugblätter aus. Sie wurden von einer Horde von Kommunisten überfallen und mit Messern gestochen. Der 21jährige sozialdemokratische Maurer Marbus starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus, zwei weitere wurden sehr schwer verletzt. Die Täter sind entflohen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Ueber den Wellen.

Zur kommenden Funkausstellung - Gespräch mit Graf Arco - Fernseher in Sicht.

SPD. "Welche Probleme hat der Rundfunk heute noch zu lösen? Und welchen Einfluss wird die Entwicklung der Radiotechnik auf die Funkausstellung ausüben?" das waren die Fragen, die unser Mitarbeiter an Graf Arco, den grossen Vorkämpfer des Radiowesens, richtete. Graf Arco antwortete:

Die neuen Empfängermodelle werden zwar weitere Fortschritte aufweisen, aber die bisherige grosse Entwicklungslinie wird dieselbe bleiben. Vor allem werden die Preise der Wirtschaftslage Rechnung tragen. Dann werden aber auch Modelle zu sehen sein, die der erschwerten technischen Situation Rechnung tragen. In jüngster Zeit sind zahlreiche neue Grossender im Ausland entstanden, und ebensolche in Deutschland suchen ihnen zu begegnen. Diese Sender liegen auf dem mittleren Wellenband zwischen 200 und 550 Meter. Die Empfangsapparate, die für ihren Empfang geeignet sind, müssen grosse Trennschärfe, einfachere Bedienung und eine sehr hohe Qualität der Wiedergabe besitzen, wenn der Sendersegen nicht zum Unheil werden soll. Dahin geht die Entwicklungsrichtung. Auf der Ausstellung werden technische Idealgeräte mit Einknopf=Bedienung oder als Superapparate mit ganz eindeutiger Skala und ebenfalls eindeutigen Einstellungen zu sehen sein, kombiniert mit einem besonders guten Lautsprecher.

Sender mit 10 ooo Kilowatt Leistung?

Die Hauptforderung des Rundfunkhörers in letzter Zeit ist ein möglichst fadingfreier Fernempfang auch mit einfachen Apparaten, der es gestattet, auch ein längeres Programm eines fernen Senders von Anfang bis zu Ende ohne Ermüdung und ohne Beeinträchtigung durch atmosphärische und andere Störungen aufzunehmen. Diese Wünsche sind bei der bisherigen Wellenverteilung der Sender wohl unerfüllbar. Deshalb sind heute schon Bestrebungen im Gange, die eines Tages wohl zu einer grundlegenden Verbesserung führen werden. In Amerika trägt man sich bereits mit dem Gedanken, neben den Sendern mit mittleren Wellenbändern, die Landesteile mit dichter Bevölkerung versorgen sollen, eine Anzahl Langwellensender bis zu 3 oder 4 km Wellenlänge aufzustellen, welche die entfernteren und weniger bevölkerten Teile des Landes versorgen sollen. Diese Sender würden die für heutige Begriffe enorme Leistung von 10 ooo Kilowatt aufweisen; aber der amerikanische Fachmann sagt, diese Energie sei technisch kein Problem mehr - jedes grössere Flugzeug, das nur ein paar Personen befördert, braucht schon 1 ooo Kilowatt zur Fortbewegung.

Die Zukunft der Ultrakurzwellen.

Für die Versorgung speziell der Grosstädte hat man vor allem in Deutschland in den letzten Monaten einen Weg beschritten, der gänzlich neu und ausserordentlich hoffnungsvoll ist: den der Ultrakurzwellen. Die Telefunkengesellschaft hat gemeinsam mit dem Reichspostzentralamt umfassende Versuche durchgeführt, die gezeigt haben, dass die Ultrakurzwellen eine besonders grosse Bedeutung erlangen dürften. Die Wellenlänge ist hierbei so kurz, dass nach 20 oder 30 km Entfernung die Strahlung sich totläuft und daher ein und dieselbe Welle in relativ kleinem Abstand immer aufs neue benutzt werden kann. Da ausserdem

eine Reihe technischer Vorzüge, vor allem in Qualität und Störungsfreiheit, bei den Ultrakurzwellen gesichert sind, so wird sich ihre Einführung für die "Belieferung" der Grosstadt wohl schon in den allernächsten Jahren durchsetzen - und zwar in der Art, dass verschiedene Ultrakurzwellen gleichzeitig verschiedene Programme senden! Für den Hörer werden einfache Vorsätze vor die üblichen Empfangsapparate durchgebildet werden,die den Ultrakurzwellenempfang gestatten

20 Fernsehbilder pro Sekunde.

Eine besonders wertvolle Möglichkeit für die Ultrakurzwellen ist ihre Anwendung für das Fernsehen. Sie ermöglichen durch ihre hohe Frequenz die Sendung von 20 Bildern pro Sekunde, wobei jedes Bild aus 10 ooo Bildpunkten und mehr bestehen kann. (Eine Kinovorführung zeigt etwa 24 Bilder pro Sekunde). Durch ihre einfache und gleichmässige Ausbreitungsweise werden die Ultrakurzwellen den Bildern eine bisher unbekannte Exaktheit geben,sodass auch Einzelheiten klar erkennbar sein werden.

Die Fernsehapparate, von denen die Funkausstellung einige zeigen wird, sind noch in Entwicklung begriffen. Verschiedene Wege werden dabei beschritten Man strebt eine weitere Erhöhung der Bildpunktzahl an,eine Vergrösserung der Helligkeit bei der Wiedergabe und vor allem die ideale Konstruktion der Empfänger: billig und leicht bedienbar bei hohen technischen Leistungen. Aber heute schon kann gesagt werden,dass das technische Problem als gelöst angesehen werden darf, wenn nur die Wellenübertragung die notwendige Exaktheit garantiert - und gerade diese wird von den Ultrakurzwellen allein erwartet werden dürfen.

Zusammenarbeit mit dem Tonfilm.

Ich glaube,dass die meisten Fernsehübertragungen diejenigen durch den Film sein werden, ganz äusserlich schon deshalb,weil das Uebermitteln gleichzeitig geschehender Ereignisse nur selten in die Stunden fällt, in der die Masse der Rundfunkteilnehmer die Apparate einschaltet, nämlich in die späten Nachmittags= und die Abendstunden. Dazu kommt die weitere Schwierigkeit,dass Objekte und Vorgänge im offenen Raum nur dann übertragen werden können,wenn eine sehr grosse natürliche oder künstliche Lichtstärke vorhanden ist -also um die Mittagszeit und nur in Ausnahmefällen am Abend bei extrastärker künstlicher Beleuchtung. Da nun überall die Filmgesellschaften für die Aufnahme von Tonfilmen bereits hochentwickelte fahrbare Aufnahme=Apparaturen,meist in Autos untergebracht, samt dem geschulten Personal besitzen,so ist es am natürlichste und zweckmässigsten,dass die Rundfunkgesellschaften mit den Tonfilmgesellschaften zusammenarbeiten. Die Tonfilmautos begeben sich zu allen wichtigen Ereignissen, und die aufgenommenen Tonfilme werden dann am Abend durch Rundfunk in Ton und Bild übertragen. Wann mit der offiziellen Einführung des Fernsehens begonnen werden kann, ist heute noch nicht vorauszusagen; wie jede Entwicklung in unserer Zeit hängt auch diese notwendigerweise von der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Zukunft ab".

\+ + +

Inge Reins in Berlin. Inge Reins,die jüngste Schwester des Geldbriefträgermörders Ernst Reins, ist nunmehr bereits von Lörrach, der erstendeutschen Station seit Genua,in das Untersuchungsgefängnis Berlin=Moabit überführtworden. Der frühereAbtransport erfolgte aufgrund einer Vorschrift,derzufolge jugendliche Sträflinge gesondert befördert werden müssen. Die ältere Schwester Hanni Reins und ihr Bruder Ernst werden in den nächsten Tagen in einem Sammeltransport nach Berlin überführt werden.

\+ + +

Optimisten. Der neugebildete Ausschuss der Devaheimgläubiger ist der Ansicht, dass eine Sanierung des Konzerns möglich ist und hat beschlossen, die Rückgängigmachung des Konkurses des Devaheimkonzerns anzustreben.

\+ + +

Mordgeständnis. Der 28jährige Landarbeiter Schattschneider, der in Gram=nitz (Mark) unter demVerdacht der Ermordung der Landarbeiterfrau Malwitz ver=haftet wurde,gestand,die Frau im Streit erschlagen zu haben.

+ + +

Salzburger Regenversicherung. Die Salzburger Festspielleitung hat die Salzburger Festspiele gegen Regenversichern lassen. Die Gesamtprämie be=trägt 15 ooo Schilling. Für jeden Nachmittag, an dem zwischen 5 und 7 Uhr ein Millimeter Regen oder mehr fällt, muss die Versicherungsgesellschaft 6 ooo Schilling bezahlen.

+ + +

"Würdeloses" Kartenspiel. Der rumänischeJustizminister hat ein Rundschrei=ben erlassen,durch das allen Richtern des Landes jedwedes Kartenspielen als "mit der Würde eines Richters unvereinbar" verboten wird. Uebertretungenwerden mit Gehaltsverlust bis zu 15 Tagenund Veröffentlichung der Strafe im Amts=blatt geahndet. Die Richterplanen ein en Protestschritt gegen die Einschrän=kung ihrer persönlichen Freiheit.

+ + +

Rennbahnunglück. Anlässlich eines Wettrennens mit Motorrädern im Amster=damer Stadion zwischen dem Niederländer Herkuleyns und dem deutschenMeister=schaftsfahrer Soenius verlor der Niederländer,der von Anfang anetwas nervös gewesenwar, plötzlich die Herschaft über sein Rad und flog über den betonier=ten Rand der Bahn durch ein eisernes Gitter mitten zwischendie entsetzten Zu=schauer, wobei drei von diesen,gute Freunde des verunglückten Fahrers,ziemlich schwer verletzt wurden. Der Motor flog zumGlück aus der Bahn nach unten,sonst wäre es zu einem entsetzlichen Unglück gekommen. Es ist dies der erste Unfall, der sich in dem 1928 eröffneten Olympischen Stadion zugetragenhat.

+ + +

Kein Lehrergehalt in Chikago. Die Stadt Chikago, die sich bereits seit Monaten in grossen finanziellen Schwierigkeiten befindet,hat seit zwei Mona=ten an ihre Lehrer kein Gehalt gezahlt. Von dieser Massnahme sind etwa 14ooo Lehrer und Lehrerinnen betroffen. Niemand in der Stadt will von ihnen Wechsel auf künftige Gehaltszahlungen annehmen, und in Massenwerden die Betroffenen aus ihren Wohnungen exmittiert.

+ + +

Wo Milch und Honig fliesst... Die New Yorker Milchhändler habeneine ra=dikale Preissenkung für Milch und Sahne beschlossen, "weil aus weit entfernten Gegenden so viel Milch nach New York geschickt wird,dass die Konkurrenz zu dieser Massnahme zwingt." Gleichzeitig veröffentlicht eine der bedeutendsten amerikanischen Wohltätigkeitsorganisationen einen Bericht über den Zustand der New Yorker Kinder, der diesem Bild des Milchüberflusses erst die richtige Be=leuchtung gibt. Von je zehn Kindern, die sich bei der Organisation zur Ver=schickung in Ferienkolonien meldeten,waren sechs Kinder unterernährt.

+ + +

6 ooo Brieftauben umgekommen. Der Neue Rotterdamer Brieftaubenbund an ei=nem der letzten Tage einen Flug von Brieftauben organisiert,die in 363 Körben nach Weerde in Belgien geschafft wurden. Insgesamt sollten 10ooo Tauben an dem Flug teilnehmen. Da nur 4 ooo Tauben zurückgekehrt sind, wird vermutet, dass in den schweren Gewitterstürmen in weiten Gebieten Belgiens und Nieder=lands etwa 6 ooo Brieftauben umgekommen sind.

+ + +

Mord aus Rache. Auf dem Grossen Markt in Nijmegen stürzte sich plötzlich der 40jährige pensionierte niederländisch=indische Berufssoldat Brouwer auf den 50jährigen Gemüsehändler Leunk und schnitt ihm mit einem offenen Rasiermes=ser den Hals durch.Der Ermordete verstarb auf dem Transport zum Krankenhause, während der Mörder sich widerstandslos festnehmen liess.Er war bereits wegen Unzurechnungsfähigkeit in einer Irrenanstalt gewesen und als geheilt entlassen worden.

Das neue Ruhrkohlensyndikat.

(Von Dr. Berger-Bochum)

SPD. Die Kämpfe, die sich auch dieses Mal wieder bei der Erneuerung des rheinisch=westfälischen Kohlensyndikats abgespielt haben, beruhen nicht nur auf dem alten Gegensatz zwischen reinen Zechen und Hüttenzechen, sondern auch auf dem jedes Mal wieder ausbrechenden Streit um die Form der Quotenverteilung. Es ist ein Streit über die Monopolrente.

Der rheinisch=westfälische Bergbau hat sich daran gewöhnt, dass der Reichswirtschaftsminister das Syndikat im Verordnungswege verlängert, wozu ihm das Kohlenwirtschaftsgesetz das Recht gibt. Diese Regelung förderte natürlich Sonderwünsche. Dem wurde durch die Juni=Notverordnung ein Riegel vorgeschoben, die bestimmt, dass fortan der Reichswirtschaftsminister zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, einen Zusammenschluss oder Beitritt zu einem Kohlensyndikat herbeizuführen. So war der Bergbau vor die Notwendigkeit gestellt, den Hauptstreitpunkt, nämlich die Regelung der Syndikatsumlage, unter sich auszutragen. Man tat das durch ein Schiedsgericht. Auch in diesem Schiedsgericht liess sich keine Mehrheit bilden, sodass, entsprechend den vorherigen Abmachungen, der Obmann des Schiedsgerichts, der Geschäftsführer des Reichskohlenrates Berghauptmann Bennhold, von sich aus den Umlageschiedsspruch fällen musste. Dieser Schiedsspruch ist in den auf über 10 Jahre laufenden Syndikatsvertrag eingegangen, dessen sonstiger Rahmen bereits im vorigen Jahr vom Reichskohlenrat verabschiedet worden war.

Der Kampf um die Umlageregelung drehte sich um die Lastenverteilung zwischen den grossen Interessengruppen der reinen Zechen und der mit Abnehmerwerken (Hütten) konzernmässig verbundenen Zechen. Beide Gruppen trugen im alten Syndikatsvertrage an den durch die Absatzdispositionen des Syndikats im bestrittenen Gebiet, also hauptsächlich im Export, gegenüber den amtlich festgestellten Verrechnungspreisen entstehenden Verlusten gleichmässig bei. Dies geschah durch eine einheitliche Tonnenumlage, diesowohl auf die vom Syndikat vertriebene Produktion (Verkaufsbeteiligung) als auch auf die von den angegliederten Konzernwerken verbrauchten Mengen (Verbrauchsbeteiligung) erhoben wurde.

Die Verbrauchszechen, die die Stimmenmehrheit im Syndikat besitzen, wandten gegen diese Regelung ein, dass die Verbrauchsbeteiligung an den Vertrieb des Syndikats und an den durch ihnen herbeigeführten Mindererlösen nicht so unmittelbar und nicht in dem gleichen Masse interessiert sei, wie die Verkaufsbeteiligung und verlangten daher grundsätzlich die Freistellung der Verbrauchszechen für ihre Verbrauchsbeteiligung von der Umlage überhaupt. Demgegenüber bestanden die reinen Zechen auf eine gleichmässige Tonnenumlage für den ganzen, auf Verkaufs= und Verbrauchsbeteiligung in Anrechnung kommenden Absatz und verwiesen dabei auf die Vorteile, die die Verbrauchszechen in der Befreiung ihrer Verbrauchsbeteiligung von jeder Produktionseinschränkung, wie sie für die Verkaufsbeteiligung je nach der Absatzlage verhängt wird, ohnehin schon geniessen. Ausserdem wurde von dieser Seite geltend gemacht, dass durchrechnungsmässig verlustbringende Syndikatsverkäufe in das bestrittene Gebiet die Verbrauchszechen nicht nur für ihre Verkaufsbeteiligung, sondern auch für ihre Verbrauchsbeteiligung Nutzen ziehen, da jede Absatzverstärkung die Kohlengeneralkosten, die von der Grösse der Förderung abhängig seien, vermindern.

Ein gewisses Entgegenkommen an den Standpunkt der Verbrauchszechen brachte die anderweitige Umlageregelung in demVertrage vom 2.Mai 1930, wodurch die Umlagepflicht der Verbrauchsbeteiligung auf 70 % und höchstens 1,50 Mark je Tonne begrenzt wurde. Damit gaben sich aber die Verbrauchszechen noch nicht zu frieden und stellten die Forderungauf, dass die in der Eisenausfuhr steckende Verbrauchskohle in der gleiche Weise vergütet werde wie die übrige Exportkohle Das wäre nicht nur auf eine völlige Umlagebefreiung der Verbrauchsbeteiligung hinausgelaufen,sondern auf eine zusätzliche Ausfuhrprämie des Bergbaus für die Eisenindustrie.Die Hüttenzechenhaben wohl im Laufe der Auseinandersetzungen selber eingesehen,dasssie damit eine Unmöglichkeit verlangten. Der Stahlverein bezw. Fritz Thyssen, legte dann einenVermittlungsvorschlag vor, der eine Umlagebefreiung der Verbrauchsbeteiligung indem Verhältnis vorsah,als die jeweilige Exportziffer des Stahlwerksverbandes zur Erzeugung steht. Dieser Vorschlag ist mit einigen Abwandlungendem Bennhold'schenSchiedsspruch zugrunde gelegt worden. Danach wird jetzt die Syndikatsumlage folgendermassen errechnet

Die reinen Geschäftskosten des Syndikats,die sich im Durchschnitt der letzten Jahre auf etwa 10 Pfennig je Absatztonne belaufen,werden durch eine gleichmässige Syndikatsumlage auf Verbrauchs= und Verkaufsbeteiligung aufgebracht. Zur Deckung der Mindererlöse wird eine weitere Umlage erhoben,von der die Verbrauchsbeteiligung zu einem bestimmten Prozentsatz freigestellt ist. Dieser Prozentsatz wird nach Angaben des Stahlwerksverbandes als Verhältnisziffer der mittelbaren und unmittelbarenAusfuhr von Eisenerzeugnissenzur Gesamtproduktion dieser Erzeugnisse berechnet.Jm ersten Quartal 1931 hätte dieser Satz 56 % betragen. Der Schiedsspruch begrenzt aber diesen Satz für die Umlageberechnung auf 55 % im Höchstmasse.

Die Juliumlage ist bereits nach der neuenMethode berechnet worden. Sie beträgt für die Verkaufsbeteiligung 2,77 Mark und für die Verbrauchsbeteiligung 1,30 Mark. Im Juni hat noch nach der alten Berechnungsart die Verkaufsumlage 2,69 Mark und die Verbrauchsumlage 1,50 Mark betragen. Es ergibt sich daraus eine gewisse Umlagemehrbelastung der reinenZechen, namentlich für die Zeit der schlechten Eisenkonjunktur. An der Umlageentlastung nehmen auch diejenigen Verbrauchszechen teil, deren Werksselbstverbrauch,wie beispielsweise bei den Staatszechen und bei den mit der Chemie verbundenen Werken,nicht der Eisenerzeugung dient. Nur unter dieser Voraussetzung hat sich diese Gruppe bereitgefunden,der Neuregelung zuzustimmen. Die Gültigkeit der Neuregelungist bis zum 30. April 1937 festgesetzt worden. Eine evtl. anderweitige Regelung soll dann ein Schiedsrichter vornehmen.

Die Arbeitnehmervertreter des Reichskohlenrates habender Syndikatserneuerung keine Hindernisse in den Weg gelegt, weil sieeiner Absatzorganisation des Ruhrbergbaues, die vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus in mancher Hinsicht Mängel aufweist,gegenüber dem sonst zu erwarten gewesenenDurcheinande in den Produktions= und Absatzverhältnissen immer noch den Vorzug geben.Gegenüber den früherenVerträgen hat der gemeinwirtschaftliche Einfluss der Arbeitnehmer im Kohlensyndikat keine Beeinträchtigung, allerdings auch keine Ausweitung erfahren. Einige Bestimmungen,so die Erschwerung von Zuwachsbeteiligungen dürften sogar geeignet sein,gegen früher eine Besserung einzuleiten, da nunmehr durch das blosse Niederbringenvon Quotenschächten Beteiligungserhöhungen nicht mehr zu erreichen sind. Auch die lange Laufdauer des Syndikatsvertrages ist durchaus zu begrüssen und wird die notwendige innere Konsolidierung des Ruhrbergbaues zweifellos begünstigen. Auch im Hinblick auf das endliche Zustandekommen einer internationalen Kohlenverständigung wird die jetzt herbeigeführte langfristige Stabilisierung des Ruhrkohlensyndikats von Nutzen sein.

SPD. Es war zu erwarten,dass unter den Auswirkungen der finanziellen Krisis des Monats Juli auch die Lebensversicherungsgesellschaften mit einem erheblichen Rückgang ihres Neugeschäfts und der vermehrtenEinstellung der Prämienzahlung rechnen konnten. Jetzt liegt nun das Juli=Ergebnis der Volksfürsorge vor. Es überrascht besonders dadurch,dass für die Volksfürsorge die aufgestellte Prognose jedenfalls nur zum ganz geringen Teil zugetroffen ist.Es wurden im Juli erneut 19298 Volks= und Lebensversicherungsanträge mit 8 157 916 Mark Versicherungssumme (im Monat Juni 22 414 Anträge mit 9 575 457 Mark Versicherungssumme) eingereicht,wozu noch ca. 2 200 Wiederinkraftsetzungen von Versicherungen kommen, zu denen früher die Prämienzahlung eingestellt wurde. Nach den eingegangenen Berichten der Rechnungsstellen ist auch das Storno (Ausserkraftsetzung) nicht wesentlich höher als in den Vormonaten.Wo die Einstellung der Prämienzahlung durch die Versicherten eine unmittelbare Folge der Angstpsychose ist,kann die Nachzahlung mit Bestimmtheit erwartet werden.

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt über die Geschäftsentwicklung im Monat Juli u.a. folgendes mit:

"Die scharfe Krise auf dem Gebiet des Geld= und Kreditwesens machte sich im Maschinengeschäft besonders stark fühlbar. Die Inlands= und Auslandskundschaft hielt mit Anfragen sehr stark zurück. Der schon vorher auf ein Minimum gesunkene Eingang von Inlandsaufträgen verharrte auf dem Tiefstand der Vormonate. Die im Juni festgestellte Zunahme der Auslandsaufträge setzte sich im Juli nicht weiter fort. Wenn nicht eine baldige Beruhigung der Lage und Besserung des Geschäftes eintritt, werden weitere zahlreiche Fabriken gezwungen sein,den Betrieb einzustellen. Der Gesamtbeschäftigungsgrad der Maschinenindustrie ging weiter von 43 auf 42,8 % der Sollbeschäftigung zurück. Bei den in der Rundfunkrede des Herrn Reichskanzlers angekündigten organisatorischen Massnahmen auf dem Gebiete des Bank= und Kreditwesens wird aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen vor allem auch eine ausreichende Berücksichtigung des Kreditbedürfnisses der mittleren und kleinen Unternehmungen gefordert werden müssen, die nicht nur in der gesamten deutschen Wirtschaft bei weitem überwiegen,sondern insbesondere in so wichtigen Produktionszweigen wie dem Maschinenbau fast 95 % aller Betriebe ausmachen. Die nach dem Kriege eingetretene übermässige Konzentration im Bankwesen hat, abgesehen von anderen Nachteile die gerade in der letzten Zeit zutage getreten sind, vielfach zu einer übermässigen Bevorzugung des Realkredits gegenüber dem Personalkredit und zu einer nicht genügenden Berücksichtigung der kleinen und mittleren Betriebe bei der Kreditversorgung geführt.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat nähere Angaben über die geplante Erntefinanzierung gemacht. In Frage kommen einmal Massnahmen,die bezwecken, dass die Landwirtschaft den Verkauf ihrer Ernte ruhig abwickeln kann. Weitere Massnahmen sollen die Preisbildung durch Kreditverbilligung und durch Verbesserung des Absatzes auf dem Wege des Exports beeinflussen.

Im Zusammenhang mit den ersten Massnahmen sind bereits Kredite in Höhe von 350 Millionen Mark für die Erntebewegung bereit gestellt. Auch hat man ein Lagerscheinsystem geschaffen. Die Ausführungsbestimmungen für die Ingangsetzung des Lagerscheinwesens werden in Kürze erlassen. Der Verwaltungsrat der staatlichen Getreidehandelsgesellschaft hat sich damit befasst und es ist in Aussicht genommen,dass zur Durchführung der Einlagerung in weitestgehender Dezentralisierung die vorhandenen Läger von Handelsfirmen,Genossen=

schaften und sonstigen Lagerhaltern benutzt werden, um den Ausbau eines eigenen Apparates der Getreidehandelsgesellschaft im Interesse der Verbilligung der Lagerspesen soweit wie möglich entbehrlich zu machen.

Gegen die Massnahmen einer Erntefinanzierung, soweit sie nicht eine übermässige Kreditausweitung bedeuten, sowie gegen die Bildung eines Lagerscheinsystems ist nicht das geringste einzuwenden; denn eine ruhige Abwicklung des Verkaufs der Getreideernte liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern aller Teile der Volkswirtschaft. Dagegen kann nicht scharf genug Widerspruch gegen eine besondere Zinsverbilligung der Erntebewegungs- und Lombardierungskredite erhoben werden. Mit Hilfe dieser Zinsverbilligung auf 4 % wird die Landwirtschaft in den Stand gesetzt, nicht etwa nur eine ordnungsgemässe Abwicklung der Verkäufe ihrer Ernte durchzuführen, sondern sie kann angesichts des ausserordentlich niedrigen Zinssatzes auch das Getreide zurückhalten. Dadurch wird es ihr ermöglicht, eine Preissteigerung zu erzwingen, die der Notlage der Arbeitermassen geradezu Hohn spricht. Das Reichskabinett hat sich diesem Standpunkt aber verschlossen; denn die Ausführungsbestimmungen für die Bereitstellung von Mitteln für die Zinsverbilligung stehen, soweit sie nicht bereits veröffentlicht sind, unmittelbar bevor. Damit ist alles aus dem Weg geräumt, was eine Steigerung der Getreidepreise, namentlich der Weizenpreise, auf den gleich hohen Stand wie im Frühjahr des vergangenen Erntejahres hindern könnte und zwar wird dies mit Hilfe einer Subvention durchgeführt, deren Kosten die Steuerzahler aufzubringen haben. Die Regierung rechnet damit, dass für die Zinsverbilligung Kredite von ungefähr 350 Millionen Mark in Frage kommen und somit ein Zuschuss von 7 Millionen Mark vom Reich aufzubringen ist, wenn die Kredite eine Laufzeit von 3 Monaten haben. Da aber wahrscheinlich eine Verlängerung dieser Kredite über drei Monate hinaus erfolgen wird und auch keinesfalls die Gesamthöhe der Kredite festliegt, wird sich wahrscheinlich die Subvention noch bedeutend erhöhen.

Neben dieser Zinsverbilligung sollen bekanntlich einige Hunderttausend Tonnen Roggen von der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft magaziniert werden. Die hierfür notwendigen finanziellen Voraussetzungen sind bereits durch Uebernahme einer entsprechenden Reichsgarantie geschaffen worden. Dagegen wird nicht von der Einführung von Roggenexportprämien gesagt. Ob das Reichsernährungsministerium einsichtig genug war, die volkswirtschaftliche Schädlichkeit solcher Exportprämien einzusehen oder ob hierfür seine Mittel für die Finanzierung der Exportprämien nicht ausreichen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wahrscheinlich hat man aber eingesehen, dass angesichts der Zinsubventionen und der Magazinierung keine anderen Mittel notwendig sind, um die Roggenpreise auf den gewünschten Stand zu bringen.

Dagegen wird, um die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise nicht zu stören, der Export von deutschem Weizen bis zum 31. Dezember dieses Jahres gegen Erteilung von Ausfuhrscheinen, die zur Einfuhr von Auslandweizen zu einem Zollsatz von 2.- Mark je Doppelzentner berechtigen, ermöglicht. Und zwar dürfen nicht nur, wie der Reichsernährungsminister mal ankündigte, 40 % der exportierten Menge sofort wieder eingeführt werden, sondern eine dem gesamten Export entsprechende Menge. Damit ist den Mühlen, die an der Verarbeitung von Auslandweizen interessiert sind, die Möglichkeit gegeben, bis um 27 % ihrer Vermahlungsquote Inlands- gegen Auslandsweizen einzutauschen. Die Neuregelung der Ausfuhrscheine tritt am 24. August in Kraft. Bereits vom 16. August ab ist der neue Vermahlungszwang für Inlandsweizen in Geltung, der für das ganze Erntejahr auf 97 % festgesetzt ist. Die Mühlen sollen also, abgesehen von dem Austauschweizen, nur 3 % ihrer gesamten Vermahlungsmenge aus dem Ausland decken dürfen. Der Reichsernährungsminister hat aber selber zugegeben, dass unter Zugrundelegung des bisherigen Bedarfs von 4,8 Millionen Tonnen Weizen 300 000 Tonnen nicht aus der deutschen Ernte gedeckt werden können. Er rechnet also entweder damit, dass die Lage der Verbraucher inzwischen so verelendet ist, dass sie ihren Weizenkonsum einschränken müssen, oder dass die Vermahlungsquote am Ende des Erntejahres gesenkt wird.

In jedem Fall entspricht die Festlegung des ausserordentlich hohen Vermahlungszwanges nicht denzur Zeit bestehenden Verhältnissen. Dieser Vermahlungszwang, der einem Einfuhrverbot gleichkommt, soll anscheinend nur den Mühlen den Anreiz geben, jetzt möglichst viel Inlandsweizen zu kaufen. Wir haben schon oft genug die Getreidepolitik des Reichsernährungsministeriums als schädlich für die Allgemeinheit gekennzeichnet. Wir müssen auch diesmal wieder feststellen, dass mit allen Mitteln versucht wird, das agrarische Preisniveau auf einer Höhe zu halten, die angesichts der Krisenlage der deutschenWirtschaft nicht zu verantworten ist. Dadurch wird die Landwirtschaft, soweit sie Getreide verwertet, allen übrigen Zweigen der Wirtschaft, die unter den besonderen Erschwernissen dieser Krise zu leiden haben, bevorzugt. Wir halten diese Bevorzugung für falsc sowohl im allgemeinen wie auch im landwirtschaftlichen Interesse, denn nur eine Förderung der Konsumkraft des Inlandes kanneine wahre Agrarhilfe bedeuten.

Roggen macht nicht mit.

(Berliner Getreidebörse vom 15.August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Sonnabend wieder ein vollkommener Umschwung ein. Bei sehr schwacher Tendenz waren starke Preisrückgänge zu verzeichnen. Zurückzuführen war diese Bewegung auf das neuerdings wiederum versandende Mehlgeschäft. Bei den Preisen, die sich in der letzten Zeit gebildet hatten, hielten sich die Käufer sehr zurück. Von einem lebhaften Abzugsgeschäft beim Handel für spätere Lieferungen, wie er schon vor zwei Tagen, herrschte, kann heute nicht mehr die Rede sein. Die Käufer nahmen nur das allernotwendigste Material zur Deckung des laufenden Tagesbedarfes. Diese Situation griff auf den Getreidehandel zurück. Obwohl das Angebot in promptem Weizen und Roggen weiter ausserordentlich gering blieb, konnten sich am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit prompter Ware die letzten Preise nicht mehr halten. Es gab Abschwächungen von etwa 4 Mark. Das Mehlgeschäft war klein. Weder für Weizenmehl, dessen Preise unverändert blieben, noch für Roggenmehl, das eher Neigung zur Schwäche zeigte, fanden sich Käufer. Hafer schloss sich der Bewegung an und tendierte gleichfalls schwächer.

	14.August	15.August
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	218 - 220	217 - 219
Roggen	167 - 169	163 - 165
Neue Wintergerste	150 - 160	150 - 160
Hafer	144 - 152	144 - 152
Weizenmehl	27,00 - 35,00	27,00 - 34,50
Roggenmehl	24,00 - 26,40	24,00 - 26,25
Weizenkleie	11,25 - 11,75	11,25 - 11,75
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228 (Vortag 231) Oktober 228 (232). Roggen September 174½ - 174¾ (178½), Oktober 177½ - 177 (181½), Hafer September 141½ - 142½ (145), Oktober 143¾ (146).

Gewerkschaftliche Rundschau

Unterwelt und Arbeitskampf.

Gefahren für die amerikanischen Gewerkschaften.

SPD. New York, im August (Eig.Ber.)

Der vor kurzem in New York durchgeführte Generalstreik der organisierten Schneider und Bekleidungsarbeiter hat eine weit über den Rahmen gewöhnlicher Arbeitskonflikte hinausgehende Bedeutung. Zugleich mit dem Streik unternahm nämlich der Schneiderverband zum ersten Mal einen Vorstoss gegen die wachsende Macht der Verbrecherbanden, die, gefördert von skrupellosen Unternehmern, nicht nur die organisierte Arbeiterschaft in Tarifkonflikten terrorisieren, sondern auch drauf und dran sind, sogar die amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu verseuchen und zu einer Geissel für Arbeiter, Unternehmer und die gesamte Oeffentlichkeit zu werden.

Die Streikbewegung richtete sich gegen eine neue Art von Ausbeutung im Konfektionsgewerbe, die dem früheren "Schwitzbudensystem" kaum nachsteht. Die Unternehmer vergeben zahlreiche Arbeitsaufträge an die Betriebe in den kleineren Industrieorten des Staates New York und benachbarter Bundesstaaten, die infolge mangelhafter Organisationsverhältnisse Schundlöhne bezahlen. Auf diese Weise unterminieren sie die gewerkschaftliche Organisation der New Yorker Schneider und Bekleidungsarbeiter, die den New Yorker Bekleidungsmarkt zu über 90 % kontrolliert. Die Gewinne aus dieser Vergebung von Arbeitsaufträgen, die im Widerspruch steht zu den Bestimmungen der New Yorker Lohn- und Arbeitstarife, sind recht beträchtlich. Da das Unternehmertum im Konfektionsgewerbe mit einem scharfen Widerstand der Gewerkschaft zu rechnen hat, ist auch es dazu übergegangen, immer mehr organisierte Verbrecherbanden, sogenannte "Gangsters" und "Racketeers", zur Einschüchterung der Arbeiterschaft aufzubieten. Der Schneiderverband entschloss sich daher, die doch unvermeidliche Kraftprobe mit den Verbrecherbanden und ihren Hintermännern zu riskieren. Er hat der Unterwelt den Krieg erklärt, und damit trat der schon lange im Gang befindliche Kampf gegen das New Yorker Gangster-Unwesen in ein entscheidendes Stadium. Der Ausgang dieses Kampfes wird beweisen, ob die organisierte amerikanische Arbeiterschaft imstande ist, die Unterwelt aus den Arbeitskonflikten auszumerzen und so die amerikanische Oeffentlichkeit von einer furchtbaren Gefahr zu befreien.

Dass der Kampf nicht leicht ist, versteht sich von selbst; denn die Verbrecher suchen das von ihnen bereits eroberte Terrain im Unternehmertum und in den Gewerkschaften um jeden Preis zu halten. Beide: Unternehmer und Arbeiter sind zu einem Teil in ihrer Hand. Unternehmer, die sich nicht freiwillig der "Hilfe" der Verbrecher versichert haben, sind unter Aufbietung brutalster Mittel zu regelmässigen Tributzahlungen gezwungen worden. Will sich irgendein Unternehmer von seinen "Freunden" losreissen, dann wird ihm in rechtlich meist nur schwer fassbarer Form schwerster Schaden zugefügt. Die Folge ist, dass viele Unternehmer, die die "Geister", die sie gerufen haben, wieder lossein möchten, lieber sich zu monatlichen Abgaben an die Banden bereitfinden, als einen Kampf weiterführen, der durch die Ausdehnung der Verbrecherorganisationen fast aussichtslos geworden ist.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich den Verbrechern dadurch zum Teil selbst ans Messer geliefert, dass sie den Unternehmern, die sich der Ter-

roristen in Arbeitskämpfen bedienten, mit gleicher Münze heimzuzahlen versuchten. Sie sahen sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, die Stosstrupps des Unternehmertums mit deren eigenen gewalttätigen Waffen bekämpfen zu müssen. Auf diese Weise drang schliesslich der Gangster auch in den Gewerkschaften ein.

Die Behörden haben sich gegenüber diesem Unwesen, das überall in den Vereinigten Staaten anzutreffen ist, bisher als ohnmächtig erwiesen; sie haben auch bei Zusammenstössen häufig den Kürzeren gezogen. Man darf nicht vergessen dass diese Unterwelt-Banden keine Verbrecher im landläufigen Sinne des Wortes sind, sondern Organisationen, die über Millionen von Dollars, umfangreiche Waffenlager, technische Hilfsmittel aller Art, wertvollste politische Beziehungen und auch über eine kleine Armee gerissenster Anwälte verfügen, die ihre Klienten auch aus den schwierigsten Situationen herauszulotsen verstehen. Die Disziplin der Verbrecherorganisationen ist ausserordentlich stark. Erst kürzlich weigerten sich vier wegen eines Ueberfalls auf Streikposten verurteilte jugendliche Ganster, die Namen ihrer Auftraggeber zu nennen, obwohl ihnen der Richter dafür Strafaufschub versprochen hatte. Sie zogen es vor, lieber vier Jahre in Sing-Sing zu sitzen, als den Tod zu riskieren, der ihnen bei Nennung ihrer Hintermänner sicher gewesen wäre.

Unter solchen Umständen ist ein Ausgleich nahezuunmöglich. Die Gangster sind im Bund mit den Unternehmern entschlossen, den Herrenschneiderverband unter ihre Gewalt zu bringen und seine Mitgliedschaft von sich abhängig zu machen. Auf der andern Seite ist der Verband aber ebenso entschlossen, den Anschlag mit aller Kraft abzuwehren und gleichzeitig ein für allemal dem Treiben der Unterwelt in der Bekleidungsindustrie ein Ende zu machen. Bei dem entbrannten Kampf geht es hart auf hart. Die Stellung des Verbandes ist schwierig, weil er mit dem Kampf nach aussen zugleich eine grosse Reinigungsaktion bei sich selbst durchführen muss. Von dem Ausgang des Ringens hängt viel für die Festigung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und für die Stärkung ihrer Kampfkraft gegen das Unternehmertum ab.

SPD. Die Gefährlichkeit des Lohnkonflikts der Gemeindearbeiter scheint manchen Leuten noch nicht klar geworden zu sein. So schreibt z.B. das "Berliner Tageblatt", es könne von einem ernsten Konflikt kaum gesprochen werden; die Interessenten seien nur bemüht, die Dinge als wichtig hinzustellen. Diese Auffassung offenbart eine völlige Verkennung der tatsächlichen Lage. Wohl bestehen zwischen dem Gesamtverband und den kommunalen Arbeitgebern Lohnvereinbarungen, die zu einem erheblichen Teil erst am 30. September ablaufen, allein der Reichsarbeitgeberverband hat doch auf Grund der Notverordnung angeordnet, dass mit der Lohnwoche Mitte August bereits die Lohnkürzungen im angekündigten Ausmass eintreten, und dieses einseitige Diktat ruft den schärfsten Widerstand der Arbeitnehmer hervor. Diese sind, wenn nicht in den nächsten Tagen eine Verständigung erfolgt, zum Abwehrstreik gezwungen.

Der Rechtspresse ist der Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter ein gefundenes Fressen. Zu den "Sünden der Gemeinden" gehört für die Scharfmacherorgane selbstverständlich die kommunale Lohnpolitik. So stellt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" kühn die Behauptung auf, "dass in der Vergangenheit die kommunalen Arbeiter wesentlich über die entsprechenden Leistungsbezüge der in der Privatwirtschaft beschäftigten Arbeiter entlohnt worden sind".

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Vor uns liegen die Uebersichten über die Tariflöhne männlicher Vollarbeiter am Ende des Monats Juli 1931, festgestellt vom Bundesvorstand des ADGB. Von dieser Statistik werden 32 Orte Deutschlands und 24 Berufe erfasst. Die Gemeindearbeiter erscheinen in dieser Statistik mit zwei Berufen: gelernte und ungelernte Arbeiter. In allen von der Statistik erfassten Orten rangieren die Gemeindearbeiter, gelernt wie ungelernt, in ihren Löhnen an letzter Stelle. In Aachen steht der gelernte Gemeindearbeiter

mit 99 Pfennig an 14. Stelle, in Bremen mit 90 Pfennig an 18. Stelle, in Berlin mit 122 Pfennig an 9. Stelle, in Breslau mit 92 Pfennig an 15. Stelle, in Königsberg ebenfalls an 15. Stelle, in Magdeburg an 18., in München an 11., in Stettin an 18., in Stuttgart an 11., in Leipzig an 16. Stelle und sofort. Von den insgesamt angeführten 20 gelernten Berufen stehen in allen 32 Orten die Gemeindearbeiter ganz erheblich unter dem Durchschnitt der dort gezahlten Tariflöhne. Aehnlich verhält es sich mit den Löhnen der ungelernten Arbeiter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in fast allen Industrien und Berufen Akkordarbeit üblich ist und die tariflich festgesetzten Löhne Mindestlöhne sind, während in den Gemeindebetrieben die Tariflöhne zugleich Maximallöhne darstellen.

SPD. Eine Verbreiterung der internationalen Gewerkschaftsfront ist dieser Tage in Berlin von der graphischen Arbeiterschaft durchgeführt worden. Die Verhandlungen fanden im Verbandshaus der Buchdrucker statt. Sie wurden geführt von Vertretern des Internationalen Buchdrucker= Sekretariats, des Internationalen Bundes der Lithographen und der Internationalen Buchbinderföderation mit Vertretern von graphischen Organisationen Gross=Britanniens. Die englischen graphischen Organisationen hatten insgesamt 8 Vertreter entsandt. Da die englischen Verbände der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe schon seit rund 30 Jahren dem internationalen Bund dieser graphischen Arbeiter angehören, drehten sich die Verhandlungen in der Hauptsache nur um den Anschluss der englischen Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiterschaft.

Die zweitätigen freundschaftlichen Beratungen führten zunächst zu einer Verständigung über den Anschluss der englischen Buchbindereiarbeiter an die Internationale Buchbinderföderation ab 1. Januar 1932, sowie zur Erklärung der Bereitwilligkeit der massgebenden englischen Hilfsarbeiterorganisationen zum Anschluss an die Buchdruckerinternationale, soweit deren Mitglieder im englischen Buchdruckgewerbe in Frage kommen. Die Verhandlungen über diesen Teilanschluss sollen in nächster Zeit zum Abschluss gebrachtwerden.

Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen Gross=Britanniens machten dagegen vielfach Bedenken grundsätzlicher und finanzieller Art geltend. Sie haben noch mit einer erheblichen Zersplitterung in beinahe 20 lokale und regionale Verbände und kleinere selbständige Vereinigungen zu rechnen. Diese, von den englischen Vertretern selbst bedauerten, ungünstigen Organisationsverhältnisse lassen eine straffere Zusammenfassung auf nationaler Basis vorerst noch notwendiger erscheinen als einen internationalen Zusammenschluss. Die überaus sachliche und kollegiale Erörterung dieser Schwierigkeiten führte zu der Zusicherung der englischen Buchdruckervertreter, dass sie die Schaffung entsprechender organisatorischer Voraussetzungen für einen Anschluss an die Buchdruckerinternationale in Zukunft energischer und wirksamer betreiben und nach besten Kräften die unter den englischen Buchdruckern immer noch herrschende Ueberschätzung gewerkschaftlicher Sonderorganisationen zu überwinden versuchen.

Durch den Anschluss der englischen Buchbindereiarbeiter, der eigentlich einen Wiederanschluss an die Buchbinderinternationale bedeutet und durch den in nahe Sicht gestellten Anschluss der Buchdruckereihilfsarbeiterschaft Englands würde sich die Zahl der in den drei graphischen Internationalen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder auf über 300 000 erhöhen.